

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 107, 2014

1. Artikel/Grafik: Klimawandel: Der Erdscheiben-Verein und das Industriemuseum (02.06.2014)

2. Artikel: Klimaschutz: Vom Bremsen zum Motor (03.06.2014)

„Die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, beim Klimaschutz voranzukommen, waren in den vergangenen Jahren immer wieder an der Blockade großer Emittenten wie China oder den USA gescheitert. Doch der US-Präsident bringt nun Bewegung in das Thema. [...] Genug geredet, gezweifelt und verzögert - Barack Obamas Machtwort ist gesprochen: ‚Wir haben keine Zeit mehr für ein Treffen des Erdscheiben-Vereins.‘ Soll heißen: Der Klimawandel ist Fakt, so wie die Kugelform unseres Planeten. Wer immer noch behauptet, die Erde sei eine Scheibe, hat keine Zukunft mehr. Wer den Klimawandel leugnet, auch nicht. Ende der Debatte. [...] Eine Studie der US-Regierung lässt sich in etwa so zusammenfassen: Kalifornien droht zu verdorren, Alaskas Gletscher drohen zu schmelzen. Städte wie Miami und New Orleans laufen Gefahr, im Meer zu versinken. Für Obama ist der Klimaschutz eine Frage der ökonomischen Vernunft. [...] Doch der Regierung steht ein erbitterter Kampf bevor.“ Insbesondere in den US-amerikanischen Staaten, die bislang stark auf den Kohleabbau setzen, regt sich Widerstand gegen die Regierungspläne.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Energemix der Zukunft“ und „Umweltschutz“

1. *Beschreiben Sie die bisherige Haltung US-amerikanischer Regierungen in Klimaschutzfragen.*
2. *Erläutern Sie deren Auswirkungen auf die internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz.*
3. *Geben Sie die aktuellen umweltpolitischen Pläne der Obama-Administration und deren Begründung wieder. Überprüfen Sie, inwieweit es sich hierbei um einen Paradigmenwechsel handelt.*
4. *Ermitteln Sie die Bedeutung der Kohleindustrie innerhalb der USA. Benennen Sie die Staaten, in denen diese eine besondere Rolle spielt.*
5. *Erschließen Sie sich, welche Widerstände Obama im Zuge der Umsetzung seiner Pläne zu erwarten hat. Nennen Sie seine wesentlichen Kontrahenten.*

3. Artikel/Karikatur: EU stoppt Kreml-Pipeline (10.06.2014)

„Russland gerät trotz Anzeichen einer Entspannung an der Ukraine-Front immer mehr in die Isolation. Am Sonntag und Montag stiegen ausgerechnet zwei Länder aus einem strategischen Prestigeprojekt des Kremls aus, die als engste Verbündete Moskaus in Europa gelten: Bulgarien und Serbien. Damit gerät die vom Kreml forcierte Ukraine-Umgehungspipeline South Stream massiv unter Druck. [...] Die EU-Kommission will mit dem Baustopp Moskaus Druck auf Kiew verringern. South Stream soll Gazproms Transitgasmengen durch die Ukraine nach Europa weiter verringern und so dem Land lebenswichtige Einnahmen vorenthalten. [...] Nach monatelangem Streit hatte die EU-Kommission vorige Woche der bulgarischen Regierung mitgeteilt, dass South Stream gegen geltendes EU-Recht verstoße. Brüssel beharrt darauf, dass ein Erdgaslieferant nicht auch die Kontrolle über die Leitungen haben dürfe. Russland verklagt deshalb die EU vor der Welthandelsorganisation (WTO).“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Beschreiben Sie das South-Stream-Pipeline-Projekt. Benennen Sie die an ihm beteiligten Akteure sowie die verfolgten Zielsetzungen.*
2. *Geben Sie die Position der Europäischen Union (EU) bezüglich dieses Vorhabens wieder. Legen Sie dar, inwieweit es EU-Rechtsvorschriften widersprechen könnte.*
3. *Erläutern Sie die innereuropäischen Konflikte um die Realisierung des Projekts. Stellen Sie die Interessen der Akteure einander gegenüber, und arbeiten Sie die Konfliktlinien heraus.*
4. *Erschließen Sie sich die Auswirkungen der EU-Entscheidung für Russland. Analysieren Sie in diesem Zusammenhang die angehängte Karikatur.*
5. *Geben Sie die Reaktion der russischen Regierung wieder.*
6. *Überprüfen Sie, inwieweit das Projekt vor dem Ende zu stehen scheint.*

4. Artikel: Preissuche im Gas-Streit mit Russland (03.06.2014)

„Im Streit um die Bezahlung von Gaslieferungen aus Russland an die Ukraine zeichnet sich Entspannung ab. Sowohl ein Tilgungsplan für die offenen Rechnungen als auch ein Vorschlag für den Preis künftiger Lieferungen liegen auf dem Tisch.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Fassen Sie den Konflikt um Gaslieferungen und -zahlungen zwischen Russland und der Ukraine zusammen. Ermitteln Sie die jeweiligen Interessen der Akteure.*
2. *Beschreiben Sie die Rolle, die die EU in diesem Zusammenhang einnimmt. Erläutern Sie die von ihr verfolgten Ziele.*
3. *Geben Sie die Punkte des jetzt beschlossenen Kompromisses wieder.*

5. Artikel: Smart City: Grenzenlos vernetzt (03.06.2014)

„Finanzspritzen der Europäischen Union dürften auch dem Schlagwort Smart City in Deutschland neue Kraft verleihen. Zwar gibt es schon lange große Diskussionen darum, wie Städte mit ressourcenschonenden Mobilitätsangeboten, intelligenten Stromnetzen und cleveren Steuerungssystemen ihre Energiebilanz verbessern können. Doch über einzelne Modellversuche kommen die Kommunen und Regionen bislang kaum hinaus. [...] Während [also] ausgerechnet im Land der Energiewende große Zurückhaltung herrscht, geben Metropolen anderswo in Europa das Tempo vor.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“

1. *Erklären Sie, was unter Smart Cities verstanden wird. Verdeutlichen Sie Ihre Ausführungen anhand konkreter Beispiele.*
2. *Benennen Sie die wesentlichen Ziele, die mit der Gestaltung von Smart Cities verfolgt werden.*
3. *Beschreiben Sie den Status und die Verbreitung solcher urbaner Konzepte in Deutschland. Vergleichen Sie diese mit denjenigen anderer Staaten.*
4. *Erläutern Sie die Bedeutung von EU-Fördermitteln für die Fortentwicklung von Smart-City-Konzepten in Deutschland.*
5. *Nehmen Sie Stellung zur Frage, inwieweit gerade Deutschland bei der Gestaltung von Smart Cities eine Vorreiterrolle einnehmen könnte und sollte. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

6. Artikel/Grafik: Energiewirtschaft: Zwei Billionen Dollar gesucht (04.06.2014)**7. Interview: Maria van der Hoeven: „Die Verbraucher tragen die Kosten“ (04.06.2014)**

„Dass die Energiewende nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa vor enorme Herausforderungen stellt, ist bekannt. Seit Dienstag ist diese Herausforderung aber in eine konkrete Zahl gefasst - und die ist gewaltig: Zwei Billionen Dollar sind nötig, um die Stromversorgung der Europäischen Union (EU) bis zum Jahr 2035 grüner und sauberer zu machen. Umgerechnet fast 1,5 Billionen Euro müssen investiert werden, um die erneuerbaren Energien auszubauen und gleichzeitig die Stromnetze zu ertüchtigen sowie alte Kohle- und Gaskraftwerke zu ersetzen. Die Zahl [...] wurde von der Internationalen Energieagentur (IEA), der autonomen Energieabteilung der OECD, im Rahmen einer umfangreichen Marktanalyse ermittelt. [...] Die Energieagentur berät weltweit 28 Regierungen in Energiefragen, darunter die deutsche Bundesregierung und das Weiße Haus.“ Ihre Leiterin Maria van der Hoeven richtet im Interview den Blick vor allem auf die deutschen Herausforderungen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Ermitteln Sie Stellung, Struktur und Aufgaben der Internationalen Energieagentur (IEA).*
2. *Geben Sie die zentralen Ergebnisse ihrer aktuellen Studie wieder. Erläutern Sie dabei insbesondere den konstatierten Investitionsbedarf in Europa.*
3. *Arbeiten Sie heraus, welche Folgen fehlende Investitionen nach Ansicht der IEA haben könnten.*
4. *Legen Sie dar, welche Probleme die IEA-Leiterin Maria van der Hoeven hinsichtlich der Umsetzung der deutschen Energiewende sieht.*
5. *Erläutern Sie Ihre folgenden Ausführungen: „In Deutschland herrscht eine grüne Hand, die auf regenerative Energien setzt. Aber die Leute vergessen dabei die schwarze Hand von Kohle und Gas.“ Nehmen Sie hierzu begründet Stellung.*

8. Artikel/Grafik: Sehnsucht nach dem billigen Gas (04.06.2014)

„In den USA erlebt die Chemieindustrie derzeit einen Boom, wie ihn vor wenigen Jahren noch niemand erwartet hatte. Der wesentliche Grund dafür ist die Schiefergas-Revolution: Das billige Gas beschert der Branche wie auch anderen energieintensiven Industrien Kostenvorteile, von denen ihre deutschen Konkurrenten nur träumen können. Dass dies in den nächsten Jahren enorme Auswirkungen auf die deutsche Chemie haben wird, darüber sind sich die Manager aus der Branche einig. [...] Die Chemie nutzt Gas zweifach: zur Energieversorgung und als Rohstoff für die Herstellung von Chemikalien.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“, „Energiepolitik“ und „Energie und Makroökonomie“

1. *Vergleichen Sie die Entwicklung der Gaspreise in Deutschland und den USA in den letzten Jahren. Ermitteln Sie die Ursachen für die zu erkennenden Unterschiede.*
2. *Beschreiben Sie die Auswirkungen für die deutschen und europäischen Chemieunternehmen. Arbeiten Sie heraus, inwieweit dadurch eine Veränderung der Wettbewerbsstrukturen auf dem Markt für Chemieprodukte bewirkt wird.*
3. *Geben Sie die Forderungen der Branchenvertreter an die Politik wieder.*
4. *Stellen Sie diesen die Positionen und Argumente von Umweltverbänden gegenüber, insbesondere hinsichtlich der Potenziale und Risiken des Einsatzes von Fracking-Technologien.*

9. Artikel/Grafik: Warten auf mehr Effizienz (05.06.2014)

10. Artikel: Inspektionen gibt es kaum (05.06.2014)

„Die Bundesregierung hinkt bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie hinterher. Am 5. Juni muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt sein, doch die Regierung rettet sich mit der Ankündigung von Einzelmaßnahmen über die Runden. Die Wirtschaft ist enttäuscht. ‚Wenn die Bundesregierung aktiver wäre, bestünde die Chance, Milliarden-Investitionen loszutreten. Gleichzeitig würden die Kosten der Energieversorgung beträchtlich sinken‘, sagt Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) dem Handelsblatt. Noll steht mit seiner Kritik nicht allein. Ein Bündnis, das vom Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) bis zum Naturschutzverband WWF reicht, fordert von der Regierung eine wirkungsvollere Effizienzpolitik. Bislang habe die Bundesregierung ‚nur unzureichende Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg gebracht‘, kritisiert das Bündnis.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Energiesparen“**

1. *Fassen Sie die wesentlichen Vorgaben und Ziele der EU-Energieeffizienzrichtlinie zusammen. Legen Sie die hieraus für die nationalen Entscheidungsträger resultierenden Aufgaben dar.*
2. *Ermitteln Sie den Umsetzungsstatus in Deutschland. Überprüfen Sie, inwieweit sich die Regierung derzeit „über die Runden rettet“.*
3. *Geben Sie die Kritik an den bisherigen Regierungsbemühungen wieder. Benennen Sie jene Akteure, die sich besonders stark artikulieren.*
4. *Diskutieren Sie, inwiefern die Sicherung der Energieeffizienz und angemessene Einsparbemühungen wesentliche Bausteine der Energiewende darstellen sollten.*
5. *Analysieren Sie das Energiesparverhalten von privaten Haushalten und Unternehmen mit Hilfe des Ihnen bekannten ökonomischen Verhaltensmodells. Untersuchen Sie hierzu, inwieweit immer wieder Konflikte zwischen individuellen und kollektiven Zielsetzungen zu verzeichnen sind und welche Rolle in diesem Zusammenhang staatlich gesetzte Anreizstrukturen spielen.*

11. Artikel/Grafik: Solarindustrie: Es werde wieder Licht! (05.06.2014)

„Drei europäische Hersteller haben die Solarkrise überlebt und starten neu. An Selbstbewusstsein mangelt es nicht.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Beschreiben Sie die Entwicklung der Solarbranche in den letzten Jahren. Erläutern Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmen nachhaltig verändert haben.*
2. *Ermitteln Sie den Umfang der in diesem Zusammenhang zu erkennenden Marktberingung. Benennen Sie die heute relevanten Akteure.*
3. *Arbeiten Sie die neu entwickelten Geschäftsstrategien der verbliebenen Unternehmen heraus.*
4. *Vergleichen Sie die Strategieansätze, setzen Sie sich mit deren Potenzialen und Risiken auseinander, und begründen Sie Ihre Bewertungen.*

12. Artikel: Gabriel schärft Ökostrom-Reform nach (06.06.2014)

„Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) noch verschärfen. In einem Brief an Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) und SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil kündigt der Minister an, er wolle die Eigenstromversorgung von Industrieunternehmen stärker an der EEG-Umlage beteiligen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Geben Sie die bislang gültigen EEG-Regelungen für Unternehmen mit Eigenstromproduktion wieder.*
2. *Fassen Sie die aktuellen Pläne des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) zusammen. Benennen Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Arbeiten Sie die Reaktionen der betroffenen Unternehmen heraus. Erläutern Sie deren Interessenlage.*

Klimawandel: Der Erdscheiben-Verein und das Industriemuseum

Die US-Regierung macht Ernst mit dem Umweltschutz. Darunter leidet vor allem die Kohleindustrie. Sie unterstellt Obama einen „War on Coal“.

5
10
15
20
Vielleicht wird dies der letzte Berg sein, den sie in die Luft jagen. Als um halb fünf an diesem Frühlingstag die zweite Schicht in der Kohlegrube von Eolia endet, verlassen nur noch zehn Männer das Gelände. Zehn Männer, das ist die ganze Besatzung, mehr sind nicht übrig. Einst waren es 170. Jerred Lewis, 37 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, ist der Vorarbeiter hier. Er passt auf, dass seinen Männern nichts passiert, wenn sie mit Sprengstoff, Bagger und schweren Trucks die Gipfel im Osten Kentuckys bearbeiten, sie wegsprengen, um an Kohle zu kommen. Ein kräftiger Mann mit Schnauzbart und einem Sicherheitshelm auf dem Kopf, der aussieht, als sei er an ihm festgewachsen. Lewis ist hier groß geworden, im Grenzland zwischen Kentucky und Virginia, den Appalachen. Er hat nie woanders gewohnt, nie von etwas anderem gelebt. Am Bergbau, vor allem der Brachialvariante des Mountain-Top-Removal, hängt die Zukunft seiner Heimat. Das ist das Problem. Lewis ist einer der letzten Kumpel in Eolia, der Arbeit hat. „Freunde von früher reden nicht mehr mit mir. Sie sind wütend, weil sie gefeuert wurden und ich noch nicht“, sagt er. „Jeden Tag frage ich mich: Bin ich der Nächste?“

25
30
35
40
45
An diesem Montag könnte Lewis eine Antwort bekommen. Um 10.30 Uhr wird Gina McCarthy, die Chefin der US-Umweltbehörde EPA, in Washington vor die Presse treten und neue Emissionsstandards für Kraftwerke verkünden. Sie wird von Innovationsanreizen und grünen Wachstumschancen sprechen. Von Verantwortung für die nächsten Generationen und gesundem Menschenverstand. Und wenn ihre Rede vorüber ist, könnte das Schicksal von „Big Coal“ besiegelt sein - und damit die Zukunft von Lewis und seinen Kumpeln. Die US-Regierung macht Ernst, sie mobilisiert ihre Kräfte für Klimaschutz. So will es McCarthy, und noch viel wichtiger: So will es der Präsident. Genug geredet, gezweifelt und verzögert - Barack Obamas Machtwort ist gesprochen: „Wir haben keine Zeit mehr für ein Treffen des Erdscheiben-Vereins.“ Soll heißen: Der Klimawandel ist Fakt, so wie die Kugelform unseres Planeten. Wer immer noch behauptet, die Erde sei eine Scheibe, hat keine Zukunft mehr. Wer den Klimawandel leugnet, auch nicht. Ende der Debatte. Tatsächlich war sich die Wissenschaft selten so einig: Bald schon könnten die Folgen der Erderwärmung nicht mehr beherrschbar sein. Eine Studie der US-Regierung lässt sich in etwa so zusammenfassen: Kalifornien droht zu verdorren, Alaskas Gletscher drohen zu schmelzen. Städte wie Miami und New Orleans laufen Gefahr, im Meer zu versinken. Für Obama ist der Klimaschutz eine Frage der ökonomischen Vernunft. Die Kosten der globalen Erwärmung „lassen sich aufrechnen in verlorenen Menschenleben und zerstörten Existenzen, in höheren Preisen für Nahrungsmittel und Versicherungen“. Doch da ist noch mehr. Wenn der Präsident über das Weltklima redet, bricht sich eine Leidenschaft Bahn, die sonst hinter der Fassade des kühl kalkulierenden Oberkommandierenden verborgen bleibt. Es geht ihm um die moralische Pflicht, „unseren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der noch zu reparieren ist“.

50 Doch der Regierung steht ein erbitterter Kampf bevor. In Kentucky fühlen sich die Menschen verraten, sehen sich als Opfer staatlicher Willkür. Und nicht nur hier: Im gesamten Kohleabbaugebiet, von den Appalachen bis in den Mittleren Westen, regt sich Widerstand. Obamas politische Gegner schlagen daraus Kapital. Die Republikaner sprechen nicht von Treibhausgasen, sie sprechen von Pflanzenfutter, weil Bäume ja das Kohlendioxid aus der Luft filtern. So schnell gibt sich der Erdscheiben-Verein nicht geschlagen. Und auch über Umweltschutz debattiert die Oppositionspartei nicht mehr. Lieber geißelt sie einen wirtschaftlichen Vernichtungsfeldzug, Obamas „War on Coal“. Bill Bissett hat die Lageberichte vor sich ausgebreitet: blaue und rote Kurvendiagramme, die nur eine Richtung kennen. Abwärts. Bissett ist Präsident der Eastern Kentucky Coal Association. „Diese Region hat in den letzten zwei Jahren 40 000 Jobs verloren“, sagt er. „Unsere Kohleproduktion ist seit 2012 um 43 Prozent zurückgegangen. Kentucky kämpft ums Überleben.“ Obama habe es auf die Schlüsselindustrie des Bundesstaates abgesehen. „Er will uns zerstören“, sagt Bissett, sein sorgsam gestutzter Bart vibriert.

65 Die Vorschriften für Kraftwerksemissionen sind das Kernstück von Obamas Klima-Offensive. Bisher hat der Präsident Verbrauchsstandards für Autos und Laster erlassen, Windräder gefördert und Solartechnik subventioniert. Doch Kohlemeiler sind Amerikas Klimasünder Nummer eins. Landesweit sind sie für fast ein Drittel aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Die geplanten Vorgaben sind streng. Um etwa 20 Prozent, so wird erwartet, sollen die Bundesstaaten ihre Kraftwerksemissionen drosseln. Wie das gelingen soll, schreibt die Regierung nicht vor. Einige Bundesstaaten werden in erneuerbare Energien und effizientere Netze investieren, andere in den Handel mit Klimazertifikaten einsteigen, der in Europa schon betrieben wird - wenn auch mit bescheidenem Erfolg. Auch in den USA gibt es bereits zwei Handelsplattformen für Emissionszertifikate, eine in Neu-England, eine in Kalifornien. Beide könnten noch Staaten aufnehmen. Wohin das führt, ist nach Ansicht der meisten Experten klar: Die bestehenden Kohlemeiler werden nach und nach ausrangiert und keine neuen mehr gebaut. In nicht allzu ferner Zukunft könnten die US-Kohlekonzerne damit zwischen Pan Am und Oldsmobile im Industriemuseum landen.

80 Doch die Umweltbehörde bewegt sich auf unsicherem Terrain. Der Versuch, eine gesetzliche Grundlage für den Klimaschutz zu schaffen, ist in Obamas erster Amtszeit gescheitert. Die Umweltbehörde kann sich daher nur auf den Clean Air Act von 1970 berufen, muss ihn neu interpretieren. Ein heikles Unterfangen: Der Ausstoß von Treibhausgasen ist keine Luftverschmutzung im herkömmlichen Sinn, nicht vergleichbar mit Schadstoffen wie Blei oder Quecksilber. CO₂ ist kein Gift, wir atmen es ein und wieder aus, es ist ein natürlicher Teil der Erdatmosphäre. Und doch bedroht es unsere Zukunft - vergiftet die politische Debatte. Die US-Handelskammer liefert den Reformgegnern neue Munition. 51 Milliarden Dollar würden die Emissionsgrenzen die amerikanischen Konsumenten bis 2030 kosten und pro Jahr 224 000 Jobs vernichten. Obamas Verbündete schlagen mit eigenen Statistiken zurück. „Emissionsstandards entlasten die Verbraucher und schaffen in den kommenden fünfeinhalb Jahren 274 000 Jobs“, behaupten Experten vom Natural Resources Defense Council. Der „War on Coal“ - er ist vor allem eine Propagandaschlacht.

95 Olivia Haunton, 48, kennt all diese Zahlen nicht. Aber sie kennt den Alltag hier in Coal Country. Das reicht. Die kleine Frau guckt wütend hinter dem Empfangstresen der Arlie Boggs Elementary School in Eolia hervor. Eigentlich muss sie das Telefon betreuen. Doch jetzt lässt sie den Apparat minutenlang klingeln. Sie will über Obama reden. „Wir wissen ja, dass die Kohle nicht gut ist. Aber sie ist das Einzige, was wir haben“, ruft sie. Dann zählt sie auf. Ihr Großvater: Kohlearbeiter. Staublunge. Ihr Vater: Kohlearbeiter. Staublunge. Ihr erster Mann: Kohlearbeiter. arschloch. Ihr zweiter Mann: Kohlearbeiter. Ihr Schwiegersohn: Kohlearbeiter. Die Kohle ernährt ihre Familie seit Generationen. Sie macht eine Pause, lässt das sacken. „Was wird aus meinem Enkel? Er ist erst drei“, sagt sie dann. Auf Obama hofft sie jedenfalls nicht mehr.

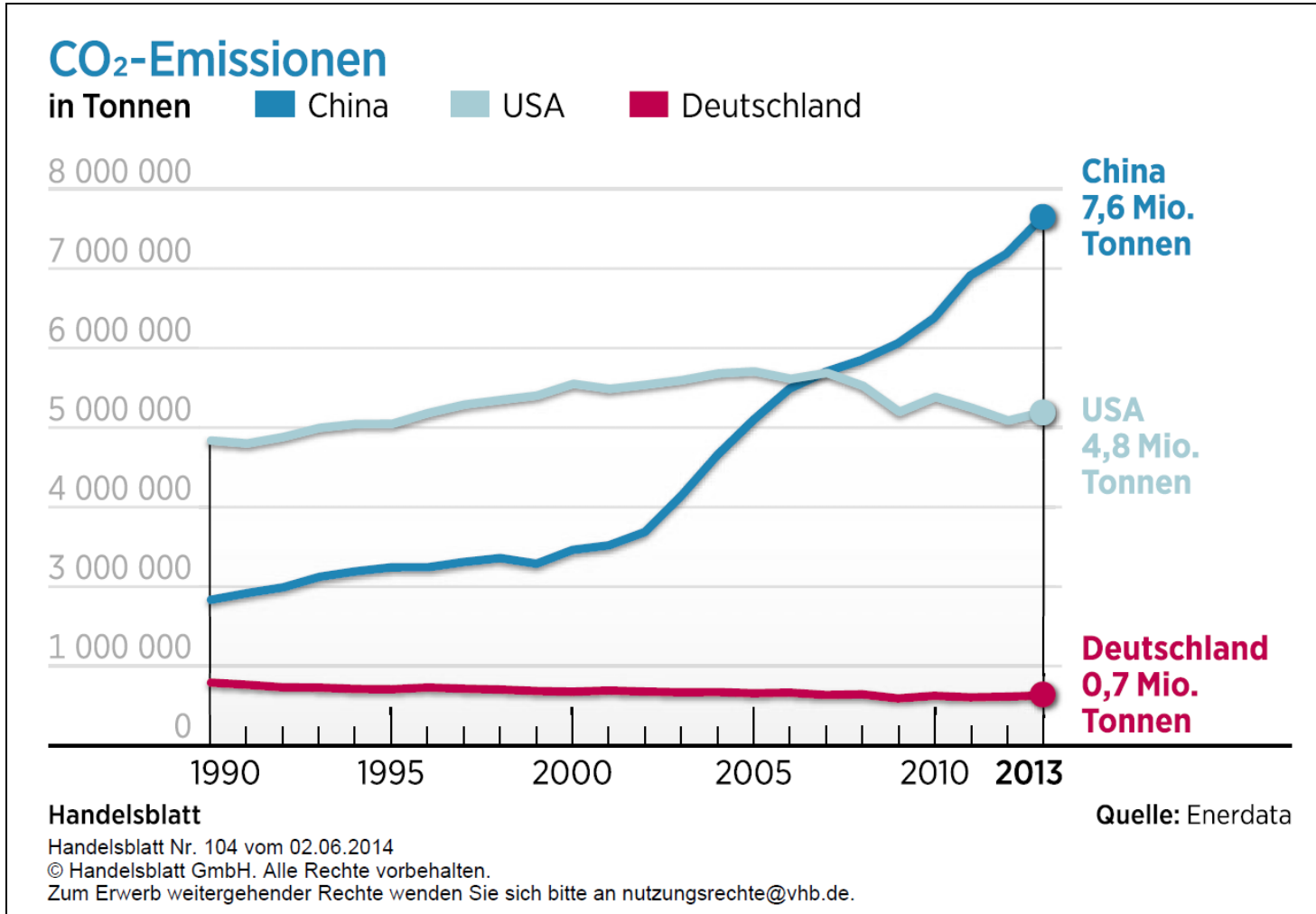
105 So geht der Präsident ein hohes Risiko ein. Nicht nur, weil Gerichte die EPA-Vorschriften wegen der unsicheren Rechtsgrundlage kippen könnten, die Klagen sind längst vorbereitet. Vor allem, weil seine Partei bei den Kongresswahlen im Herbst mit heftigen Verlusten rechnen muss. So wie der Bürgerrechtspräsident Lyndon B. Johnson einst die Südstaaten an die Republikaner verlor, könnte der Klimaschutzpräsident 110 Barack Obama die Appalachen verlieren. Womöglich auf Jahrzehnte.

Um sich an die guten Zeiten zu erinnern, braucht Paul Patton nur seinen Blick schweifen zu lassen. Der ehemalige Gouverneur von Kentucky hat nach seinem Abtritt sein Amtszimmer einfach mitgenommen und im Provinznest Pikeville wieder aufgebaut. 115 Von 1995 bis 2003 hat Patton den Bundesstaat regiert. Als Demokrat. Es war die Blütezeit der Kohleindustrie. Patton brauchte sich eigentlich nur zurückzulehnen und zuzuschauen, wie seine Wirtschaft wuchs und Tausende Arbeiter den Sprung in die Mittelschicht schafften. „Es war der amerikanische Traum“, sagt Patton und blickt zur Wand mit den Fotografien: Patton als junger Kohlearbeiter, Patton mit Bill Clinton, 120 Patton vor der örtlichen Universität, die er mit Unterstützung der Kohleindustrie ausgebaut hat. Zum Dank gibt es dort jetzt einen Coal Walk of Fame, die Hörsäle sind nach den Kohlefirmen benannt, die sie gestiftet haben. Politik und Kohle, das ging hier immer Hand in Hand. Nun arbeitet man gegeneinander. Ein ganzer Landstrich ist aus der Balance geraten. Und Patton sagt: „Ich sehe keine Zukunft für diese Region.“

125 Doch die Schuld für den Niedergang der Kohlebranche allein der Regierung zuzuschreiben wäre zu einfach. Die Klimavorschriften mögen das Zechensterben beschleunigen, ausgelöst haben sie es nicht. Marktkräfte führen den eigentlichen „War on Coal“. Der Frackingboom hat die Gaspreise in den USA einbrechen lassen. Schon 130 jetzt steigen viele Energieversorger auf Gasturbinen um, die sich günstiger betreiben lassen und nebenbei das Klima schonen. Ganz ohne Zutun der EPA. Jerred Lewis, der Kumpel aus Eolia, aber hat sich entschieden. Sein Leben lang war er Demokrat wie die meisten hier. Im Herbst wird er einen Republikaner wählen. Zum ersten Mal. „Ich glaube an den Klimawandel. Ich weiß, dass es 200 Jahre braucht, bis sich die Natur vom Kohleabbau erholt hat. Und ich verstehe auch, dass Kohle nicht die Energie der 135 Zukunft ist. Aber diese Region hat nichts anderes. Wenn Obama uns die Kohle wegnimmt, muss ich wegziehen. Von irgendwas muss ich meine Familie ernähren“, sagt er. Dann fährt er mit seinem Truck davon in den Feierabend. Zurück bleibt die einsame Kohlemine. Und eine Region, die den Glauben an ihren Präsidenten verloren hat.

140

Quelle: Koch, M./Book, S., Handelsblatt, Nr. 104, 02.06.2014, 8



Klimaschutz: Vom Bremser zum Motor

US-Präsident Obama weckt mit seinen Klimaplänen Hoffnung in Deutschland.

5 US-Präsident Barack Obama lässt in Europa Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der Klimaschutzdiplomatie keimen. „Es ist erfreulich und ein bedeutender Fortschritt, wenn in den USA jetzt eine ehrgeizige nationale Klimapolitik eingeleitet wird. Das könnte den internationalen Klimaverhandlungen einen neuen und entscheidenden Impuls geben“, sagte Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) dem Handelsblatt. Die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, beim Klimaschutz voranzukommen, waren in den vergangenen Jahren immer wieder an der Blockade großer Emittenten wie China oder den USA gescheitert. Doch der US-Präsident bringt nun Bewegung in das Thema. Am Montag kündigte die US-Umweltschutzbehörde EPA drastische Schritte zur Reduktion von Treibhausgasemissionen an: Die Bundesstaaten sollen verpflichtet werden, die Kraftwerksemissionen deutlich zu reduzieren. Vergleichbare Ziele hat es in den USA bislang nicht gegeben. Das Signal der USA könnte die zuletzt festgefahrenen internationalen Verhandlungen beflügeln. Die Zeit drängt: Ende 2015 soll in Paris ein Abkommen mit verbindlichen Reduktionszielen geschlossen werden. In diesem und im nächsten Jahr finden in dichter Folge Vorbereitungstreffen statt. „Wir stehen jetzt vor der entscheidenden Phase der weltweiten Klimaverhandlungen“, sagten Vertreter des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Mit dem Vorstoß der USA könnte nun ein richtiger Wettbewerb darum einsetzen, wer der beste und schnellste im Klimaschutz ist und nicht, wer am längsten zögert und blockiert, hieß es. „Ich wünsche mir, dass die EU dabei ganz vorne im Wettbewerb steht, dazu sollten wir rasch die Klimaschutzziele für 2030 verabschieden - und zwar mindestens auf der Basis dessen, was die EU-Kommission vorgeschlagen hat“, sagte Ministerin Hendricks.

Die EU-Kommission hatte im Januar vorgeschlagen, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel wäre für alle EU-Staaten verpflichtend. Unklar ist jedoch, welche Beiträge die einzelnen Mitgliedstaaten zum Erreichen des Gesamtziels leisten sollen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch soll von 2020 bis 2030 auf dann 27 Prozent steigen. Dieses Ziel soll zwar für die gesamte EU gelten, nationale Vorgaben soll es nach dem Willen der Kommission aber nicht geben. Von einem verbindlichen Energieeffizienzziel für die Zeit nach 2020 hat die Kommission abgesehen. Abgesegnet sind die Vorgaben noch nicht. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich bei ihrem Gipfeltreffen im März lediglich darauf einigen können, das von der Kommission vorgeschlagene Szenario als „eine gute Basis“ für Gespräche zu bezeichnen. Die Kommission hatte auf ein eindeutiges Votum der Mitgliedstaaten noch in diesem Frühling gehofft, um auch international möglichst früh ein klares Zeichen setzen zu können. Ziel ist es nun, bis zum Ende des Jahres zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Dabei geht es vor allem darum, jene Staaten mit ins Boot zu holen, deren Volkswirtschaften noch stark von Kohle abhängig sind. Vor allem osteuropäische Staaten wie Polen, Bulgarien und Rumänien sträuben sich gegen klimapolitischen Ehrgeiz.

Quelle: Kersting, S./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 106, 03.06.2014, 12

EU stoppt Kreml-Pipeline

Brüssel bremst Gazproms Erdgasprojekt South Stream aus.

5 Russland gerät trotz Anzeichen einer Entspannung an der Ukraine-Front immer mehr
in die Isolation. Am Sonntag und Montag stiegen ausgerechnet zwei Länder aus einem
strategischen Prestigeprojekt des Kremls aus, die als engste Verbündete Moskaus in
Europa gelten: Bulgarien und Serbien. Damit gerät die vom Kreml forcierte Ukraine-
Umgehungspipeline South Stream massiv unter Druck. Deren Bau war vom staatlich
10 kontrollierten Gazprom-Konzern begonnen worden, die Arbeiten des bulgarischen
Abschnitts hatte ausgerechnet ein enger Freund von Russlands Präsidenten Wladimir
Putin von Gazprom zugesprochen bekommen: der Baukonzern Stroitransgaz von
Gennadi Timtschenko, der zusammen mit anderen Putin-Vertrauten auf der US-
Sanktionsliste steht. Die EU kann gegen ihn keine Sanktionen verhängen, unter
15 anderem weil der Multimilliardär sich mit einer finnischen Staatsbürgerschaft
abgesichert hat. Auch deshalb gab sich Timtschenko zuletzt noch gelassen. Er habe
„keine großen Sorgen wegen der Sanktionsfolgen“, sagte Timtschenko dem
Handelsblatt kürzlich am Rande des St. Petersburger Wirtschaftsforums, schließlich
habe er noch vor Verhängung der US-Maßnahmen seine Anteile an Firmen im
20 Ausland verkauft und konzentrierte sich jetzt auf Russland.

Über South Stream droht dem Oligarchen nun aber doch noch Ungemach. Auf Druck
aus Brüssel und Washington hin stoppte Bulgarien jetzt die Bauarbeiten für die
umstrittene Erdgaspipeline. Wie der bulgarische Regierungschef Plamen Orescharki
25 in Sofia mitteilte, müssten vor einer Wiederaufnahme die Vorbehalte der EU-
Kommission aus dem Weg geräumt werden. Anschließend stoppte auch Serbien
offiziell den Bau, wie Vizepremier Zoran Mihailovic bekanntgab.

Die EU-Kommission will mit dem Baustopp Moskaus Druck auf Kiew verringern.
30 South Stream soll Gazproms Transitgasmengen durch die Ukraine nach Europa weiter
verringern und so dem Land lebenswichtige Einnahmen vorenthalten. Russland hatte
am Wochenende seine harte Haltung gegenüber dem Nachbarland etwas abgemildert
und zur Amtseinführung des neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko
seinen zuvor nach Moskau zurückbeorderten Botschafter wieder nach Kiew entsandt.
35 Am Freitag bereits trafen sich Poroschenko und Putin unter Vermittlung von
Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem ersten Gespräch am Rande der D-Day-
Feierlichkeiten in der Normandie. In seiner Antrittsrede bot Poroschenko der
Ostukraine einen Dialog an - allerdings nicht mit den bewaffneten prorussischen
Separatisten. Er wolle mehr Freiheit für die Regionen, einen Waffenstillstand und vor
40 allem die Einheit des Landes bewahren. Der Schokoladen-Milliardär kündigte die
Fortsetzung des proeuropäischen Kurses der Ukraine an. Am 23. Juni soll dazu das
Assoziierungsabkommen mit der EU nach Handelsblatt-Informationen aus Brüsseler
Kreisen vollständig unterzeichnet werden.

45 Darin reiht sich auch der vorläufige Stopp des russischen South-Stream-Projekts ein, den Bulgarien am Sonntag nach dem Besuch von US-Senatoren in Sofia bekanntgab. Nach monatelangem Streit hatte die EU-Kommission vorige Woche der bulgarischen Regierung mitgeteilt, dass South Stream gegen geltendes EU-Recht verstoße. Brüssel beharrt darauf, dass ein Erdgaslieferant nicht auch die Kontrolle über die Leitungen haben dürfe. Russland verklagt deshalb die EU vor der Welthandelsorganisation
50 (WTO). Das endgültige Aus für die Pipeline dürfte das aber nicht bedeuten. „South Stream wird aber auf alle Fälle gebaut“, sagte ein Insider in Sofia. Nun gelte es die entsprechenden Zugeständnisse zu machen - und im Herbst vorgezogene Neuwahlen zu überstehen.

55 *Quelle: Brüggmann, M./Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 109, 10.06.2014, 10*



Preissuche im Gas-Streit mit Russland

5 Im Streit um die Bezahlung von Gaslieferungen aus Russland an die Ukraine zeichnet sich Entspannung ab. Sowohl ein Tilgungsplan für die offenen Rechnungen als auch ein Vorschlag für den Preis künftiger Lieferungen liegen auf dem Tisch. Das sagte EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag nach einem Treffen mit den Energieministern beider Länder in Brüssel. Details nannte der EU-Kommissar nicht.

10 Die Vorstandsvorsitzenden des russischen Energieversorgers Gazprom und des ukrainischen Versorgers Naftogas, die ebenfalls in Brüssel waren, haben sich nach Oettingers Worten in Vieraugengesprächen auf einen „gemeinsamen Vorschlag für eine Paketlösung“ geeinigt. Sie wollten den Plan „in wenigen Tagen“ ihren Regierungen vorlegen. Eine endgültige Einigung solle dann in Dreiergesprächen spätestens Ende nächster Woche erzielt werden.

15 Russland werde nicht - wie zuletzt angedroht - von diesem Dienstag an den Gashahn zudrehen und auch keine Vorkasse für Lieferungen im Juni fordern, sagte Oettinger. Es sei vereinbart, dass bis zur Vorlage der Pläne „für die Ukraine und die Europäische Union eine stabile Gasversorgung stattfinden wird“.

20 Zugleich bestätigte Gazprom den Eingang von 786 Millionen Dollar für Gaslieferungen im Februar und im März. Damit ist ein unmittelbarer Lieferstopp vorerst vom Tisch. Weil 60 Prozent des russischen Gases an Europa durch die Ukraine fließen, trafe dieser vermutlich auch die EU.

25 Nach dem Willen der EU soll die Ukraine künftig marktgerechte Preise zahlen. Gazprom hatte dem früheren ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch einen „Freundschaftspreis“ von 268 Dollar pro 1000 Kubikmeter gewährt. Inzwischen berechnet Gazprom der Ukraine 485 Dollar.

30 *Quelle: Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 105, 03.06.2014, 12*

Smart City: Grenzenlos vernetzt

Metropolen in Europa positionieren sich als energieeffiziente Smart Citys. Deutsche Städte hinken hinterher.

5
Der Blick in der Überseestadt richtet sich auf übermorgen. Energieeffizient und klimafreundlich will das Hafenviertel im Bremer Westen in Zukunft sein. Geplant ist etwa eine Elektrobushlinie, Wohngebiete sollen energetisch saniert werden und Solaranlagen zu einem virtuellen Kraftwerk zusammenwachsen. Ob die Pläne
10 Wirklichkeit werden, entscheidet sich in den nächsten Wochen in Brüssel. Dort hat der Bremer Senat Fördermittel in Höhe von 8,5 Millionen Euro beantragt.

Finanzspritzen der Europäischen Union dürften auch dem Schlagwort Smart City in Deutschland neue Kraft verleihen. Zwar gibt es schon lange große Diskussionen
15 darum, wie Städte mit ressourcenschonenden Mobilitätsangeboten, intelligenten Stromnetzen und cleveren Steuerungssystemen ihre Energiebilanz verbessern können. Doch über einzelne Modellversuche kommen die Kommunen und Regionen bislang kaum hinaus. „Die Pilotprojekte haben Lerneffekte, aber dann müssen die nächsten Schritte folgen - und das ist im Moment nicht der Fall“, kritisiert Walter Leal, Leiter
20 des Forschungs- und Transferzentrums Applications of Life Sciences an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW).

Während ausgerechnet im Land der Energiewende große Zurückhaltung herrscht, geben Metropolen anderswo in Europa das Tempo vor. So will Kopenhagen bis 2025
25 zur ersten CO₂-neutralen Stadt werden. Dabei helfen sollen Gebäudesanierungen, strengere Bauvorschriften und Biomassekraftwerke für die städtische Versorgung. Barcelona setzt auf dem Weg zur „Smart City“ auf IT-Unterstützung: Neue LED-Straßenleuchten sind vernetzt und können zentral gesteuert werden. Intelligente Stromnetze sollen den Verbrauch an die schwankende Leistung regenerativer Quellen
30 anpassen. Zudem werden Bewässerungssysteme und das Energiemanagement öffentlicher Gebäude digitalisiert.

In Deutschland gestalten sich solche Projekte auch wegen Sicherheitsbedenken schwierig. Wenn öffentliche Infrastruktur mit Datenverbindungen hochgerüstet wird,
35 ergeben sich Einfallstore für Hacker, so die Sorge. „Mit der vernetzten Stadt ist immer auch die Nutzung von Big Data verbunden“, sagt Alanus von Radecki vom Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. „Und da fehlen tatsächlich Lösungen, die absolut sicher sind.“ Eine weitere Hürde sind die klammen Kassen.

40 Raum für Investitionen können bei Kommunen öffentlich-private Partnerschaften schaffen: In Amsterdam hat es ein Projektkonsortium aus Behörden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen geschafft, in den letzten Jahren 54 Projekte im Bereich Energie und Digitalisierung voranzubringen. Ein Modell ist das sogenannte Contracting, bei dem zum Beispiel Unternehmen die energetische Sanierung von
45 Gebäuden vorfinanzieren und dafür einen Teil der Einsparungen erhalten.

Die Industrie ist optimistisch, dass in Deutschland künftig mehr passiert: Bei einer Umfrage unter 1 300 Mitgliedsunternehmen des Verbands der Elektrotechnik (VDE)

gaben 67 Prozent der Befragten an, dass bis 2030 Smart Cities in einem
50 volkswirtschaftlich bedeutenden Umfang entstehen würden. Als Hauptprofiteure
werden dabei die Gebäude- und Elektrotechnik, die Energieversorger und die IT-
Branche gesehen. Fraunhofer-Experte von Radecki warnt jedoch: „Viele
Unternehmen erhoffen sich davon ein Geschäft, aber das ist noch nicht wirklich
erschlossen.“

55

In Hamburg arbeitet das IT-Unternehmen Cisco mit an einer smarten Stadt. Ziel ist,
die Straßenbeleuchtung intelligenter zu steuern, die Verwaltung stärker zu
digitalisieren und Verkehrsströme besser zu lenken. „Es geht darum zu erfahren,
inwieweit der Einsatz von IT den Ressourcenverbrauch optimieren kann“, sagt Rolf
60 Adam, bei Cisco zuständig für Energieprojekte. Er schätzt, dass sich etwa ein Drittel
der Energie, die in einer Stadt verbraucht wird, einsparen ließe. Potenzial gibt es etwa
im Verkehr: In Nizza gelang es mit Leitsystemen und Sensoren im Asphalt, die
durchschnittliche Zeit für die Parkplatzsuche von 30 auf fünf Minuten zu reduzieren.

65 Projekte wie diese wirken sich nicht nur auf die Energiebilanz positiv aus. „Für die
Städte ist das zum Teil auch Marketing“, sagt Dieter Lindauer, Vorsitzender des
Bundesverbandes Smart City, in dem sich regionale Versorger und mittelständische
Unternehmen zusammengeschlossen haben. So kann Bottrop damit werben, für seine
Energiesparpläne mit dem Deutschen CSR-Preis ausgezeichnet worden zu sein - als
70 erste Kommune überhaupt. Andernorts mangelt es oft an der nötigen
Aufbruchstimmung, kritisiert Adam: „Was die Kompetenz angeht, haben wir hier in
Deutschland alles versammelt. Was den Mut und die Visionen angeht, fehlt noch
einiges.“

75 Viele Hoffnungen ruhen nun auf der Europäischen Union, die Smart-City-Projekte im
neuen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation - „Horizont 2020“ genannt -
fördert. Dabei setzt die EU darauf, dass bei jeder Förderung möglichst viele Städte
eingebunden sind. Bremen bewirbt sich gemeinsam mit Malmö um die EU-
Fördergelder, dazu kommen noch acht weitere Städte, die als „Follower“ die
80 Entwicklungen begleiten. Sollten die Bremer den Zuschlag erhalten, könnten deren
Erfahrungen auch grenzüberschreitend in Danzig, Zagreb oder Cagliari Impulse
geben.

Quelle: Heckel, M., Handelsblatt, Nr. 105, 03.06.2014, 52

Energiewirtschaft: Zwei Billionen Dollar gesucht

Die Energieagentur IEA sieht Europas Stromversorgung gefährdet - wenn Kraftwerke nicht lukrativer werden.

5
10 Dass die Energiewende nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa vor enorme Herausforderungen stellt, ist bekannt. Seit Dienstag ist diese Herausforderung aber in eine konkrete Zahl gefasst - und die ist gewaltig: Zwei Billionen Dollar sind nötig, um die Stromversorgung der Europäischen Union (EU) bis zum Jahr 2035 grüner und sauberer zu machen.

15 Umgerechnet fast 1,5 Billionen Euro müssen investiert werden, um die erneuerbaren Energien auszubauen und gleichzeitig die Stromnetze zu ertüchtigen sowie alte Kohle- und Gaskraftwerke zu ersetzen. Die Zahl stammt nicht von einem Energiekonzern, einer Lobbyorganisation oder einer EU-Regierung, die ein Interesse haben, die Kosten der Energiewende zu über- oder zu untertreiben. Sie wurde von der Internationalen Energieagentur (IEA), der autonomen Energieabteilung der OECD, im Rahmen einer umfangreichen Marktanalyse ermittelt. Knapp 1,6 Billionen Dollar müssen der IEA
20 zufolge in die Stromerzeugung fließen, gut 600 Billionen Dollar in die Stromnetze. Europa hat in den kommenden zwei Jahrzehnten den größten Investitionsbedarf weltweit - nach dem Boomland China.

25 Die IEA sieht den Bedarf von 740 Gigawatt an zusätzlichen Kapazitäten in Wind-, Solar- und Wasserkraft, aber auch mit Kohle- und Gaskraftwerken. Zum Vergleich: Ein großes Kohlekraftwerk kommt auf eine Leistung von einem Gigawatt. Gleichzeitig müssten neue Stromleitungen in einer Länge von knapp einer Million Kilometer gebaut werden. Zudem müssten die bestehenden Leitungen auf einer Länge von 5,5 Millionen Kilometern erneuert werden.

30 Die Zahlen sind nicht nur gewaltig, für Fatih Birol, den Chefvolkswirt der IEA, sind sie auch Anlass zur Sorge: „Der europäische Strommarkt gerät in gefährliches Fahrwasser“, warnte Birol bei der Präsentation der Studie. „Der Markt muss neu gestaltet werden, sonst gehen die Lichter aus - und das ist kein Witz.“ Nach Birols Worten setzt der Markt derzeit die falschen Anreize. Insbesondere der Bau von neuen
35 Kohle- und Gaskraftwerken sei nicht attraktiv - und von diesen würden auch noch 100 Gigawatt an neuen Kapazitäten benötigt.

40 Schließlich steigt zwar die Produktion an Solar- und Windstrom, zur Absicherung sind aber konventionelle Kraftwerke nötig, weil Windräder und Solardächer vom Wetter abhängig sind. Gleichzeitig kommen aber viele fossile Kraftwerke in die Jahre und müssen vom Netz genommen werden, insbesondere in Ost- und Südeuropa.

45 Tatsächlich werden derzeit aber selbst moderne und effiziente Kohle- und Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt. Besonders frappierend ist die Entwicklung in Deutschland, wo durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Wind- und Solarstrom Vorrang im Stromnetz haben und feste Vergütungen bekommen. Entsprechend steigt ihr Anteil an der Stromerzeugung stetig.

50 Kohle- und Gaskraftwerke müssen dagegen um einen immer geringeren Anteil der Nachfrage konkurrieren. Innerhalb von zwei Jahren sind die Preise im Stromgroßhandel um 20 auf 37 Euro je Megawattstunde gefallen. Entsprechend sind die Margen in der Stromproduktion zusammengeschnitten. Eon und RWE nehmen im großen Stil Kraftwerke vom Netz. „Das Marktdesign passt nicht mehr für konventionelle Kraftwerke“, schimpfte RWE-Chef Peter Terium jüngst: „Wer
55 heutzutage in Westeuropa ein konventionelles Kraftwerk betreibt, hat ein Problem.“ Tatsächlich kämpfen die Stromproduzenten, die die enormen Investitionen stemmen sollen, europaweit mit den Verwerfungen. Nicht nur Eon und RWE stöhnen unter sinkenden Gewinnen und hohen Schulden, sondern auch die Konkurrenten wie Enel aus Italien oder GDF Suez aus Frankreich. Deshalb haben sich Johannes Teysen und
60 Terium auch schon mit den Vorstandsvorsitzenden von acht Konkurrenten aus Frankreich, Italien, Spanien, Tschechien, Schweden und Holland zusammengetan - und kämpfen um bessere Rahmenbedingungen.

Die Großhandelspreise müssten um zwanzig Prozent steigen, um Investitionen in neue Kraftwerke attraktiv zu machen, fordert IEA-Chefvolkswirt Birol. Ansonsten dürfte es schwierig werden, die zwei Billionen Dollar zu mobilisieren. Die Zahl mag zwar gewaltig sein, zu hoch gegriffen ist sie aber vermutlich nicht. Der damalige Umweltminister Peter Altmaier hatte allein für die deutsche Energiewende schon einmal Kosten von einer Billion errechnet - in Euro, wohl gemerkt.

70

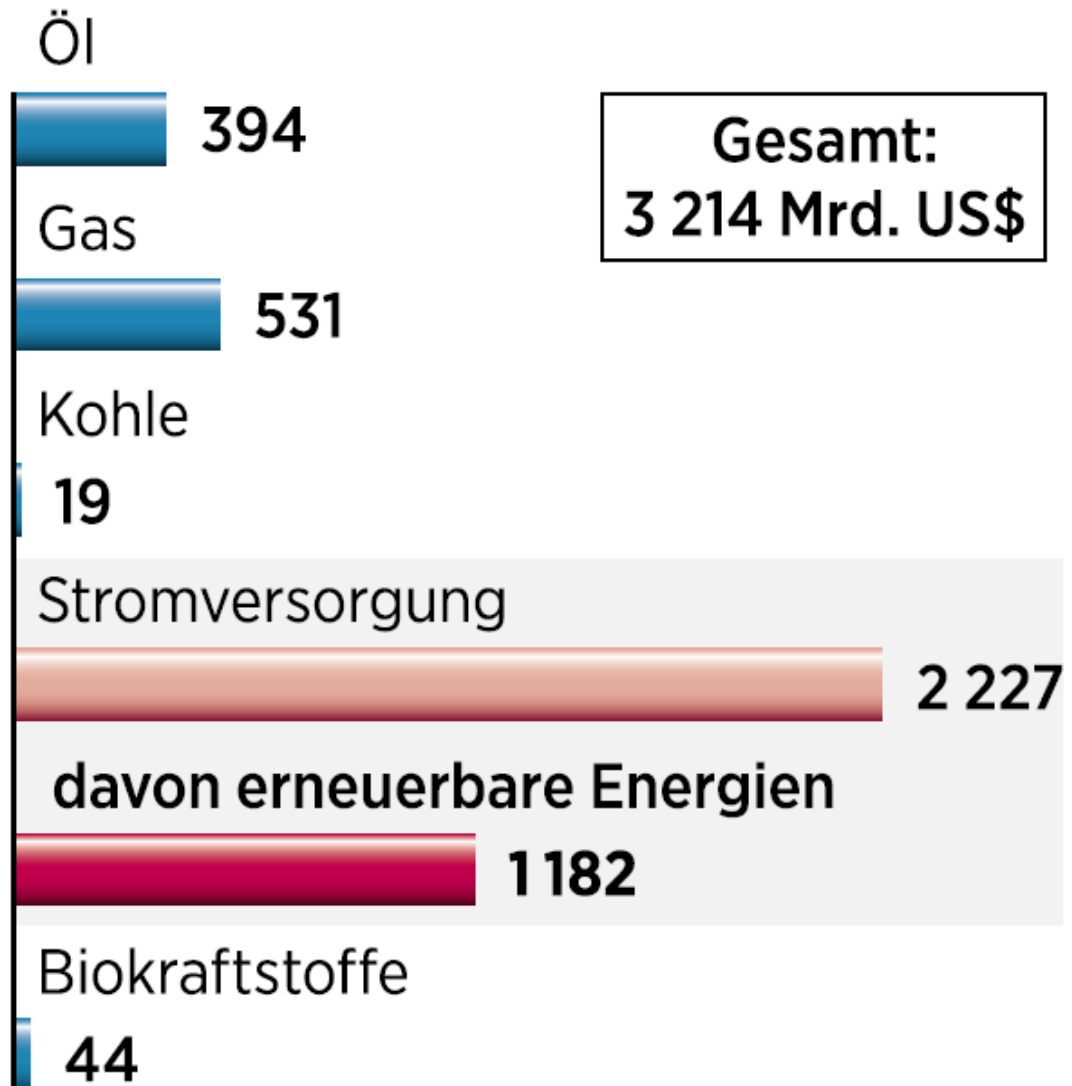
Der Report: Eckpunkte

Investitionen: Die Staaten müssen weltweit bis 2035 insgesamt 48 Billionen Dollar in die Energieversorgung investieren, um die Nachfrage decken zu können. Heutzutage
75 lägen die jährlichen Investitionen bei 1,6 Billionen US-Dollar. In den nächsten zwei Dekaden müssten sie aber stetig auf zwei Billionen US-Dollar gesteigert werden. Energieeffizienz: Auch die Ausgaben für Energieeffizienz müssen laut IEA von derzeit etwa 130 Milliarden Dollar jährlich auf etwa 550 Milliarden Dollar pro Jahr gesteigert werden. Den ausgewerteten Daten zufolge haben sich seit dem Jahr 2000
80 die jährlichen Investitionen in die Energieversorgung bereits mehr als verdoppelt.

Politik: Die IEA fordert die Regierungen auf, für stabile Investitionsbedingungen zu sorgen. Sonst würden Geldgeber abgeschreckt. Laut IEA sind von den 48 Billionen Dollar allein 40 Billionen Dollar für den Bau neuer Kraftwerke notwendig. Nach den
85 Erwartungen der IEA werden zudem bis 2035 insgesamt 23 Billionen US-Dollar in den Bau neuer fossiler Kraftwerke fließen.

Quelle: Herz, C./Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 106, 04.06.2014, 14

Hoher Investitionsbedarf im Energiesektor der EU 2014-2035 in Mrd. US-Dollar (kumuliert)



Handelsblatt

Quelle: IEA

Handelsblatt Nr. 106 vom 04.06.2014

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Interview: Maria van der Hoeven: „Die Verbraucher tragen die Kosten“

Die Chefin der Energieagentur IEA über die Lehren aus der deutschen Energiewende.

5 Ihre niederländische Herkunft ist ihr bis heute anzumerken. Routiniert gibt die 64-jährige Maria van der Hoeven am Dienstag im Londoner Hilton-Hotel Antworten auf die Fragen der Experten. In ausgesuchtem Englisch - doch der Akzent ist nicht zu überhören. Seit 2011 leitet die ehemalige Bildungsministerin die IEA. Die Energieagentur berät weltweit 28 Regierungen in Energiefragen, darunter die deutsche
10 Bundesregierung und das Weiße Haus. Sie gehört zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), und ihr Jahresausblick gilt als Bibel der Ölbranche. Mit dem Handelsblatt spricht van der Hoeven über die Energiewende in Deutschland und die Situation in Europa.

15 *Frau van der Hoeven, Europa hat derzeit mehr Strom, als es braucht. Wieso muss investiert werden?*

Der Energiebedarf steigt auch in Europa - und zahlreiche Kraftwerke müssen auch hier abgeschaltet werden. Weltweit muss in den nächsten 20 Jahren die immense Summe von 48 Billionen US-Dollar investiert werden, um das erreichte
20 Wohlstandsniveau beizubehalten.

Was bedeutet das denn für Deutschland, das sich in Europa einer Energiewende hin zu erneuerbaren Energien verschrieben hat?

Wir haben uns die Energiewende in Deutschland mehr als einmal angeschaut, weil sie
25 ein wichtiges Beispiel dafür ist, wie ein Land seine Energieversorgung umstellen kann. Der Punkt ist jedoch, dass Deutschland in der Mitte Europas liegt - und deshalb alles, was Deutschland tut, auch Konsequenzen für den Rest von Europa hat.

An welche Konsequenzen denken Sie dabei?

30 Was wir sehen, ist, dass die Kosten der Energiewende vor allem von den Verbrauchern getragen werden. Das ist eines der größten Probleme. Es ist eine kuriose Situation entstanden: In Deutschland herrscht eine grüne Hand, die auf regenerative Energien setzt. Aber die Leute vergessen dabei die schwarze Hand von Kohle und Gas, deren Kapazitäten in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen werden, weil
35 viele Kraftwerke abgeschaltet werden.

Was ist dabei das Problem?

Das Vorkommen der Wind- und Sonnenenergie unterliegt größeren Schwankungen, was die Energieplanung und die Stromversorgung schwieriger macht. Das ist es, was
40 uns Sorgen bei der deutschen Energiewende bereitet. Denn wenn in Deutschland etwas passieren sollte, dann hätte das wie gesagt Konsequenzen für den ganzen Rest von Europa.

Quelle: Herz, C., Handelsblatt, Nr. 106, 04.06.2014, 15

45

Sehnsucht nach dem billigen Gas

Chemie manager fürchten um die deutschen Standorte. Sie fordern eine preiswerte Energieversorgung.

5
10
15
In den USA erlebt die Chemieindustrie derzeit einen Boom, wie ihn vor wenigen Jahren noch niemand erwartet hatte. Der wesentliche Grund dafür ist die Schiefergas-Revolution: Das billige Gas beschert der Branche wie auch anderen energieintensiven Industrien Kostenvorteile, von denen ihre deutschen Konkurrenten nur träumen können. Dass dies in den nächsten Jahren enorme Auswirkungen auf die deutsche Chemie haben wird, darüber sind sich die Manager aus der Branche einig. Auf der diesjährigen Handelsblatt Jahrestagung Chemie in Köln diskutierten sie intensiv über Wege, wie sich die Europäer eine konkurrenzfähigere Gasversorgung sichern können. Die Chemie nutzt Gas zweifach: zur Energieversorgung und als Rohstoff für die Herstellung von Chemikalien.

20
Die Zeit drängt. Erdgas kostet in den USA inzwischen nur noch ein Drittel so viel wie in Europa, die Produktion von Basischemikalien ist dort dadurch wesentlich billiger. Das wiederum könnte mittelfristig auch die nachgelagerten Produktionsstufen in Europa gefährden. „Die Spielregeln haben sich komplett geändert“, sagt BASF-Vorstand Harald Schwager. „Und wir müssen entscheiden, ob wir zuschauen oder mitspielen wollen.“

25
30
35
40
Immerhin konnten die Manager auf der Jahrestagung einen Hoffnungsträger in Gestalt des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies begrüßen. Das Land will die umstrittene Fracking-Technologie, mit der Schiefergas gefördert wird, zumindest für herkömmliche Lagerstätten wieder ermöglichen. Diese sind leichter zugänglich und mit weniger Chemieinsatz erreichbar. „Wir brauchen Gas, auch zur Sicherstellung der Energiewende“, sagte Lies und ergänzte: „Man kann Technologie nur voranbringen, wenn man sie betreibt.“ Lies will den Vorstoß als ersten Schritt verstanden wissen, um die Debatte über das umstrittene Fracking wieder auf eine sachliche Ebene zu bringen. Bei dieser im Prinzip seit Jahrzehnten genutzten Bohrtechnik werden Gesteinsschichten mit einer Mischung aus Wasser, Sand, Chemikalien und hohem Druck aufgesprengt. Das eingeschlossene Erdgas wird so freigesetzt und kann gefördert werden. Kritiker sehen darin zu hohe Verschmutzungsrisiken für Trinkwasser-Reservoirs und die Gefahr künstlich erzeugter Erdbeben. Lies stellte klar, dass es keine Genehmigung für Fracking in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten geben wird. Das dortige Gas ist schwerer und risikoreicher zu erreichen. Aber gerade diese Lagerstätten bergen im Prinzip das größte Potenzial für eine Renaissance der rückläufigen deutschen Erdgasförderung.

45
Gernot Kalkoffen, Europa-Chef des Energieriesen Exxon Mobil, verwies auf Schätzungen, wonach zwischen 1,3 und 2,3 Billionen Kubikmeter Gas in diesem Bereich lagern. Weitere 450 Millionen Kubikmeter werden in Kohleflözen vermutet, nur etwa 150 Millionen Kubikmeter in klassischen Lagerstätten, die auch bisher schon ausgebeutet werden. Die deutsche Produktion hat sich in den letzten Jahren, unter anderem als Folge eines generellen Genehmigungsstopps für das Fracking auf rund elf Millionen Kubikmeter reduziert.

50 Die niedersächsische Initiative ist also vorerst nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch werten Chemievertreter die Pläne als Hoffnungsschimmer für die festgefahrene Fracking-Debatte. „Langfristig hätte das sehr wohl einen dämpfenden Effekt auf die Preise“, sagt Schwager.

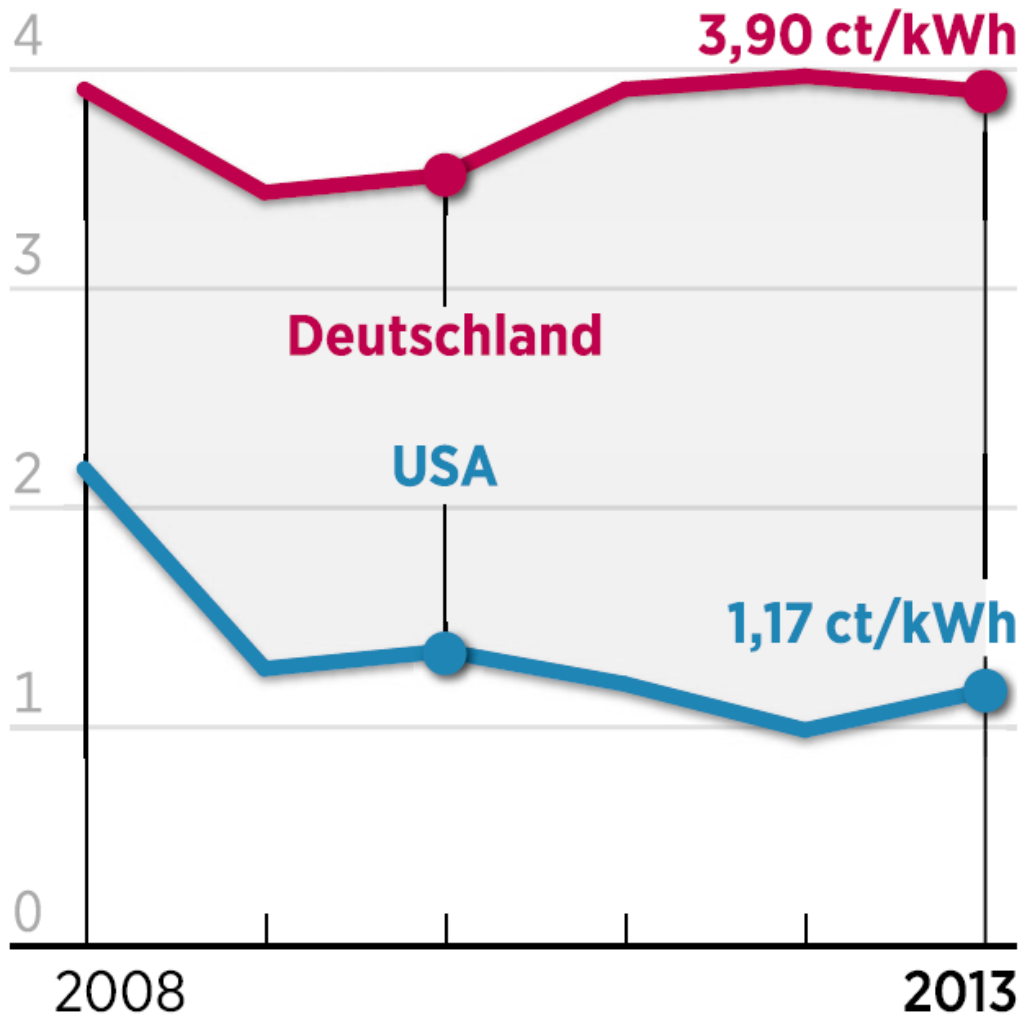
55 Anders als für die Konkurrenz in den USA geht es für die europäische Chemie ganz überwiegend um den Energiepreiseffekt. Als Rohstoff für die Branche spielt Erdgas mit 15 Prozent Anteil nur eine untergeordnete Rolle, wie Energieexperte Jörg Rothermel vom Branchenverband VCI deutlich machte. Mehr als 70 Prozent ihres Bedarfs an kohlenstoffhaltigen Ausgangsmaterialien deckt die deutsche Chemiebranche aus Erdöl. Immerhin 13 Prozent entfallen auf nachwachsende
60 Rohstoffe, und deren Anteil dürfte in den nächsten Jahren noch überproportional wachsen.

Eine Umrüstung der erdölbasierten Produktionsstruktur auf Gas gilt als nahezu ausgeschlossen. Gleichwohl spielt auch hier das Energiekostengefälle eine tragende
65 Rolle. Denn auch bei der Verarbeitung von Erdöl zu Basischemikalien ist Energie ein Hauptkostenfaktor, ebenso wie bei der Herstellung wichtiger anorganischer Ausgangsstoffe wie Chlor oder Stickstoff-Verbindungen.

Quelle: Telgheder, M./Hofmann, S., Handelsblatt, Nr. 106, 04.06.2014, 16

Erdgaspreise

in den USA und in Deutschland
in Eurocent je Kilowattstunde (kWh)



Handelsblatt

Quelle: Enerdata

Handelsblatt Nr. 106 vom 04.06.2014
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Warten auf mehr Effizienz

Berlin ist bei der Umsetzung der EU-Richtlinie im Rückstand. Die Regierung enttäuscht die Wirtschaft.

5

Der Bundeskanzlerin war das Thema am Mittwoch in ihrer Regierungserklärung nur ein paar Worte wert: Es sei von „hoher ökonomischer und ökologischer Bedeutung“, die Energieeffizienz zu steigern, sagte Angela Merkel (CDU). Für das Regierungshandeln bleibt ihr Bekenntnis allerdings weitgehend folgenlos: Die Bundesregierung hinkt bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie hinterher. Am 5. Juni muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt sein, doch die Regierung rettet sich mit der Ankündigung von Einzelmaßnahmen über die Runden. Die Wirtschaft ist enttäuscht.

15

„Wenn die Bundesregierung aktiver wäre, bestünde die Chance, Milliarden-Investitionen loszutreten. Gleichzeitig würden die Kosten der Energieversorgung beträchtlich sinken“, sagt Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) dem Handelsblatt. Noll steht mit seiner Kritik nicht allein. Ein Bündnis, das vom Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) bis zum Naturschutzverband WWF reicht, fordert von der Regierung eine wirkungsvollere Effizienzpolitik. Bislang habe die Bundesregierung „nur unzureichende Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg gebracht“, kritisiert das Bündnis. Die Verbände fordern, die Ziele zur Effizienzsteigerung gesetzlich festzuschreiben. Auch die Deutsche Energie-Agentur (Dena), die zur Hälfte dem Bund gehört, ist unzufrieden mit der Regierung. Dena-Chef Stephan Kohler hatte kürzlich sogar einen Brandbrief an die Kanzlerin geschrieben und darin größere Anstrengungen bei der energetischen Gebäudesanierung gefordert. Erst am Montag legte die Dena mit einem Zehn-Punkte-Plan für eine Steigerung der Energieeffizienz nach.

30

Federführend für die Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie ist das Bundeswirtschaftsministerium. Es verweist darauf, die Bundesregierung habe ihre Effizienzziele bereits Mitte Juni 2013 an die Kommission gemeldet. Im Dezember wurden weitere Maßnahmen für die Kommission aufgelistet, darunter aber auch Programme, die seit Jahren existieren - so wie die Förderprogramme der KfW für energieeffizientes Bauen und Sanieren. Eine komplette Umsetzung der Richtlinie ist das nicht. In der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage des Handelsblatts heißt es, die Anforderungen der Richtlinie seien „teilweise“ umgesetzt.

40

Das Zögern der Regierung beim Thema Energieeffizienz steht in krassem Widerspruch zu den Möglichkeiten, die sich bieten. Beispiel Gebäudesektor: Fast 40 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudebereich. Der mit Abstand größte Teil - 31 Prozent - geht auf das Konto der Beheizung. Würden Gebäude systematisch energetisch saniert, ließe sich dieser Wert drastisch verringern. Damit würden zugleich die Ausgaben für Öl und Gas deutlich sinken, die Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen sänke beträchtlich. Einige effizienzsteigernde Maßnahmen rechnen sich für die Eigentümer bereits nach wenigen Jahren. Die Sanierungsquoten im Gebäudebereich liegen aber Jahr für Jahr bei nur gut

einem Prozent. Um sie zu steigern, müssten Anreize her. Die Dena fordert daher den Ausbau und die Verstetigung der KfW-Gebäudesanierungsprogramme.

50

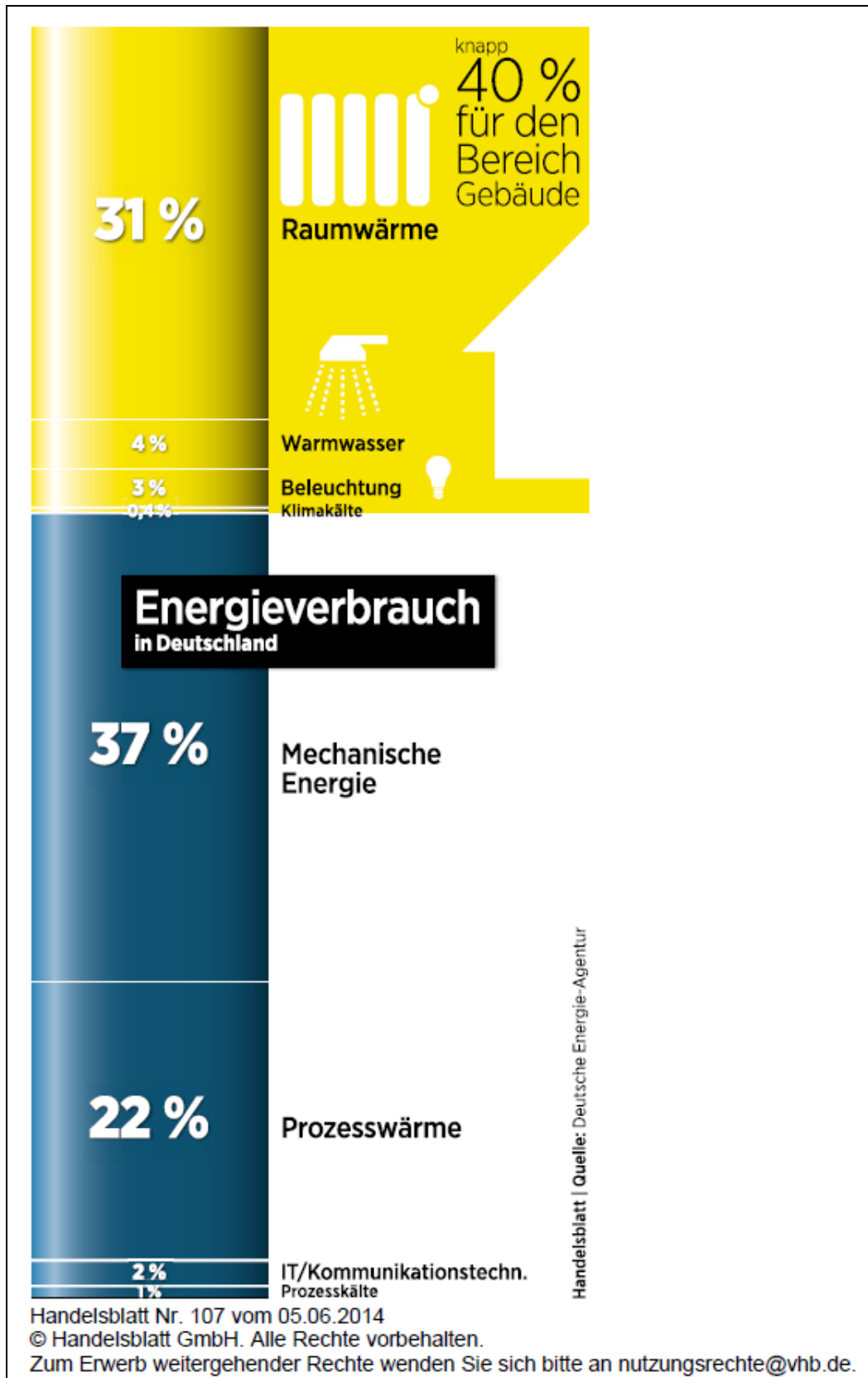
Aber der Gebäudesektor ist längst nicht alles. Auch in der Industrie und im Verkehrssektor schlummern erhebliche Potenziale, die sich zu einem großen Teil zu geringen Kosten heben ließen - wenn die entsprechenden Anreize da wären.

55

Die Halbherzigkeit bei der Umsetzung der Effizienzrichtlinie ist schwer nachvollziehbar. Die Bundesregierung begründet sie unter anderem mit dem Regierungswechsel. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Sigmar Gabriel verweist außerdem auf den bereits im Koalitionsvertrag angekündigten „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ - er soll in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden.

60

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 107, 05.06.2014, 6



Inspektionen gibt es kaum

Die Bundesregierung will den Klimaschutz voranbringen, sorgt aber nicht für die Kontrolle der eigenen Vorgaben.

5

Mehr als ein Drittel der Energie verbrauchen die Deutschen in Gebäuden. Für die Bundesregierung gilt daher die klimapolitische Erkenntnis: „Mit heute verfügbarer Technik kann der Bedarf in diesem Bereich deutlich reduziert werden“, sagt Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Umweltministerium.

10

Doch an der Umsetzung fehlt es. Dabei geht es nicht nur um die energetische Sanierung der Fassaden, um neue Fenster oder den Austausch veralteter Heizungen, über die sich der Betrieb von Gebäuden effizienter und damit kostengünstiger gestalten lässt. Allein der Sanierungsstau bei Klimaanlage kostet jede Menge Energie. Größere Klimaanlage, die fast ausschließlich in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden zum Einsatz kommen, müssen laut Energieeinsparverordnung alle zehn Jahre überprüft werden.

15

Allerdings werden bisher nur drei Prozent der Anlagen untersucht, wie eine Studie des Instituts für Luft- und Kältetechnik Dresden und der Schiller Engineering aus dem Jahr 2013 zeigt. „Seitdem deutet nichts darauf hin, dass sich an dieser erschreckend niedrigen Inspektionsquote etwas ändert“, kritisiert Günther Mertz, Hauptgeschäftsführer des Bundesindustrieverbandes Technische Gebäudeausrüstung (BTGA).

25

„Man stelle sich vor, es wären nur drei Prozent aller zugelassenen Kraftfahrzeuge vom TÜV inspiziert“, sagte Mertz dem Handelsblatt. Zum Glück sei dies in Deutschland nicht möglich. „Möglich ist aber, dass viele Tausend Klimaanlage entgegen ordnungsrechtlichen Vorgaben energetisch nicht inspiziert werden und ungebremst Energie verschleudern können.“ Dabei sei es nicht teuer, die Anlagen zu modernisieren. „Die amortisieren sich schnell aufgrund eingesparter Energiekosten“, sagt Mertz.

30

Auch die Deutsche EnergieAgentur (Dena) sieht Nachholbedarf: Die Bedeutung von Nichtwohngebäuden für mehr Energieeffizienz werde häufig unterschätzt, heißt es. Zu Unrecht, denn durch ihre Größe verursachten wenige Gebäude hohe Verbräuche, sagte Dena-Chef Stephan Kohler dem Handelsblatt. Mertz und Kohler fordern, die Wartung der Klimaanlage verstärkt zu kontrollieren. Verantwortlich dafür sind laut BTGA die Bundesländer. Einsparpotenzial durch regelmäßige Wartung bieten auch große Lüftungs- und Heizungsanlagen. Sie müssen aber bislang noch nicht regelmäßig überprüft werden.

35

40

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 107, 05.06.2014, 6

Solarindustrie: Es werde wieder Licht!

Drei europäische Hersteller haben die Solarkrise überlebt und starten neu. An Selbstbewusstsein mangelt es nicht.

5

Die Krise ist noch nicht vorbei, doch die Überlebenden lassen schon wieder die Muskeln spielen. „Wir sind nach der Übernahme von Bosch der mit Abstand größte Hersteller von Solarstromtechnologie außerhalb Asiens“, brüstet sich Frank Asbeck, Chef von Solarworld. „Hanwha Q-Cells hat den Turn-around geschafft und ist heute der größte europäische Photovoltaik-Anbieter“, stimmt Charles Kim, CEO des Unternehmens aus Bitterfeld-Wolfen, mit ein. Auch Luc Graré, Marketingleiter von REC Solar aus Norwegen, will nicht zurückstehen. „Wir sind gemessen an den Absatzzahlen der größte europäische Hersteller von Solarmodulen.“

10

15

Welchen Maßstab die Herren auch heranziehen, ob Produktionskapazität oder Absatz: Die drei Unternehmen gehören heute zu den größten Herstellern von Solarmodulen in Europa. Und sie versuchen nach schwierigen Jahren mit Stellenabbau, Umschuldung oder Insolvenz den Neustart - und zwar bei der Branchenmesse „Intersolar“, die bis Freitag in München läuft.

20

Da passt es Solarworld-Chef Asbeck gut, dass er gerade einen wichtigen Sieg gegen Solarmodule aus China errungen hat. Die US-Regierung stopft ein Schlupfloch für chinesische Modulimporte. Bisher konnten die Chinesen die Zölle umgehen, weil sie Vorprodukte wie Wafer oder Zellen in Taiwan produzierten und nur die Endfertigung der Module in China erfolgte.

25

Künftig werden auch solche Module mit einem Antisubventionszoll von 26 Prozent belastet; zusätzliche Antidumpingzölle drohen.

30

„Das ist ein wichtiger Schritt weg vom wettbewerbswidrigen Verhalten“, freut sich Asbeck in München. Für Solarworld sind die USA, wo das Bonner Unternehmen auch Module produziert, ein wichtiger Markt. Er gehört neben China und Japan zu den am stärksten wachsenden Märkten weltweit. Entsprechend heftig sind die Reaktionen aus China, wie die vom Suntech-Chef Eric Luo, der die Zölle „als völlig unfair“ bezeichnet, da das Unternehmen keine Subventionen der chinesischen Regierung erhalte.

35

40

Der US-Markt soll auch dazu beitragen, dass Asbeck den Absatz von Solarmodulen und Bausätzen dieses Jahr um mindestens 40 Prozent auf mehr als 820 Megawatt erhöhen kann. Den Umsatz will er auf 680 Millionen Euro steigern und in zwei Jahren auf mehr als eine Milliarde.

45

Die europäischen Hersteller Solarworld, Hanwha Q-Cells und REC Solar profitieren von zwei Dingen: Zum einen dürfte der Weltmarkt 2014 nach Angaben der Marktforscher von IHS Technology von rund 39 auf rund 46 Gigawatt wachsen. Zum anderen ist die Zahl der Hersteller drastisch geschrumpft. In diesem Jahr dürften sich Produktionskapazitäten und tatsächlicher Absatz erstmals weltweit annähern.

Das ist neu. Denn in den vergangenen Jahren gab es zwei Wellen. Erst boomte die Solarindustrie in Deutschland und anderen europäischen Ländern wie Spanien und Italien. Das katapultierte Firmen wie Solon oder Q-Cells ganz nach oben im Weltmarkt. Der Boom ließ immer mehr chinesische Hersteller entstehen und ins Geschäft einsteigen. Sie bauten, unterstützt durch staatliche Kredite und andere Förderungen, riesige Fabriken. So entstanden große Überkapazitäten.

Die Preise für Module fielen so massiv, dass die Hersteller ihre Produktionskosten nicht schnell genug senken konnten. Das trieb Unternehmen in den USA, in Europa und in China in die Pleite. In Deutschland haben viele Unternehmen wie Conergy und Sunways aufgegeben. Der einst große Modulhersteller Solon aus Adlershof bei Berlin hat im März seinen Firmensitz zum neuen Eigentümer Microsol in die Vereinigten Arabischen Emirate verlegt. Selbst Elektronikriese Bosch hat sich aus dem Geschäft zurückgezogen und sein Werk in Thüringen an Solarworld übergeben.

Die drei Überlebenden der Solarkrise versuchen, sich mit leistungsfähigeren Modulen vom Markt abzuheben. Solarworld will zum Beispiel mit Glas-Glas-Modulen punkten, die langlebiger sind als andere. Hanwha Q-Cells zeigt in München „neue Module, die vier bis fünf Prozent mehr Strom produzieren“ als andere, wie Kim ankündigt.

Doch sie können nur mit Partnern überleben: Bei Solarworld hat das Emirat Katar als Großaktionär das Sagen, bei Q-Cells der südkoreanische Mischkonzern Hanwha.

Auch müssen die Kosten gesenkt werden. So arbeitet der einstige „Sonnenkönig“ Asbeck nach dem drastischen Kapital- und Schuldenschnitt 2013 eine lange To-do-Liste ab. Er denkt aber nicht daran, die Produktion nach Asien zu verlegen. „Es geht bei den Kostenunterschieden nur um ein paar Cent pro Watt wegen der niedrigen Personalkosten in China“, sagte Asbeck in einem Interview mit dem Handelsblatt. Die will er durch Qualität made in Germany sowie bei den Transportkosten herausholen.

Volker Quaschnig, Energieexperte der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin, warnt davor, die wieder erstarkten chinesischen Wettbewerber zu unterschätzen. „Diese profitieren von ihrem Heimatmarkt, der in den nächsten Jahren, gefördert von der chinesischen Regierung, sehr stark wachsen wird.“ Allein in diesem Jahr dürfte er um 14 Gigawatt zulegen. Das sind über 400 Prozent mehr als 2013 in Deutschland neu montiert wurden.

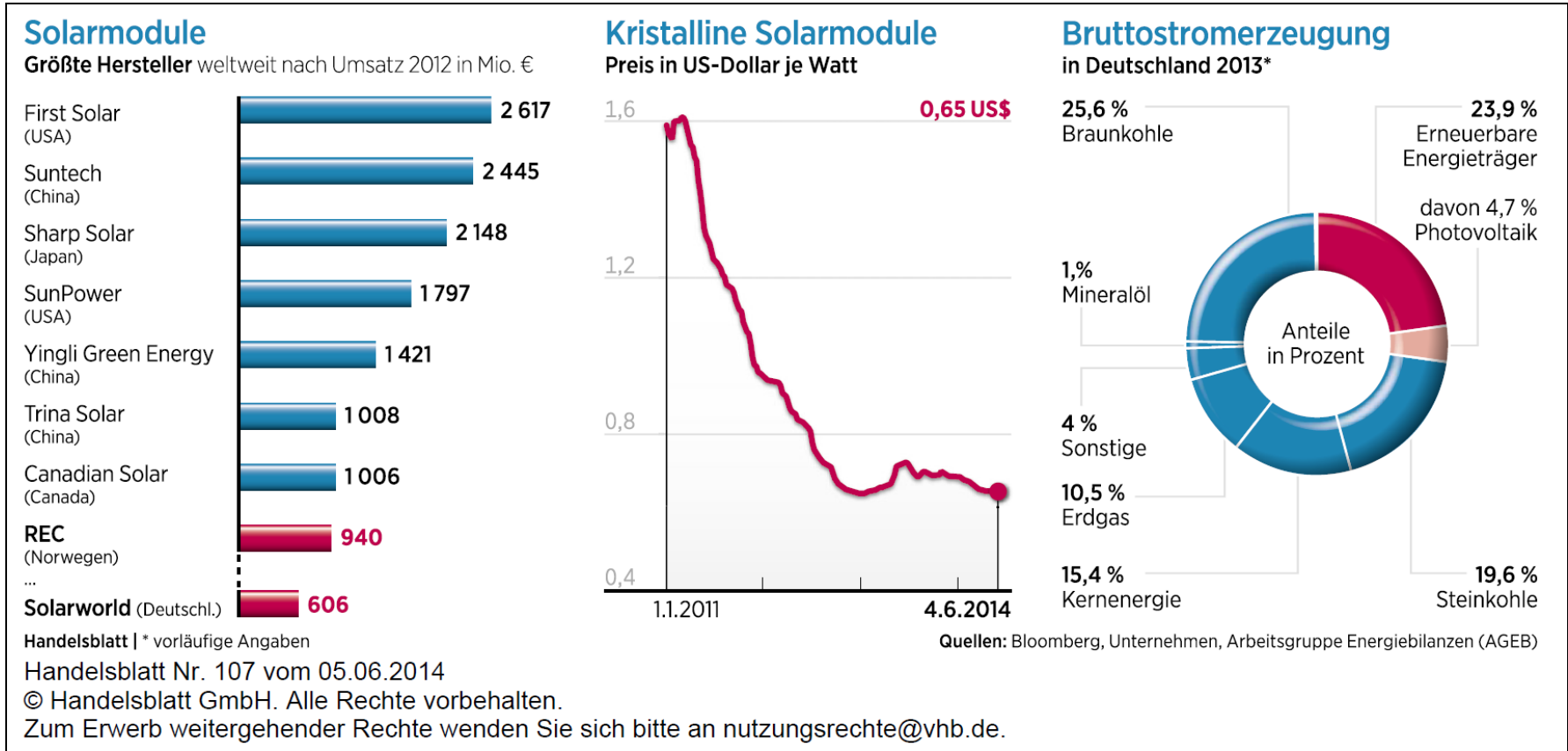
Der starke Heimatmarkt verschafft ihnen die Finanzkraft, um in noch leistungsfähigere Produktionsanlagen zu investieren. Bereits im vergangenen Jahr kamen nach Berechnungen von IHS sieben der zehn weltgrößten Hersteller von Modulen aus China (Grafik).

Europäische und amerikanische Industrie haben sich zwar bislang mit Antidumpingzöllen und Mindestpreisen gegen die Flut von Billigmodulen aus China gewehrt. So dürfen in Europa chinesische Module nicht unter einem Preis von derzeit 53 Cent verkauft werden. Aber auch hier gibt es Kritik: „Nach unseren Informationen umgehen viele chinesische Hersteller diesen Preis“, bemängelt Asbeck.

Zwei Herren sitzen Frank Asbeck künftig im Nacken: Khalid Klefeekh Al Hajri und Faisal M. Alsuwaidi. Die beiden Scheichs vertreten den neuen Großaktionär Katar im Aufsichtsrat von Solarworld. Sie werden genau verfolgen, ob es Asbeck gelingt, das angeschlagene Bonner Unternehmen wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen.

Asbeck will künftig mehr komplette Solaranlagen verkaufen als lediglich die Module. Er setzt da auf den einen Bausatz, der für 5.999 Euro zu haben ist. Zugleich plant er, dank der gemeinsamen Entwicklungsabteilung von Solarworld und Bosch in die neue Leistungsklasse von 300 Megawatt bei Modulen aufsteigen. Das entspricht nach Solarworld-Angaben rund 20 Prozent mehr Solarstromerzeugung auf der gleichen Fläche. Und er vertraut auf die Marke Solarworld, die in Deutschland zu den bekanntesten gehört. Früher warb er gerne mit Prominenten wie dem Fußballstar Lukas Podolski. Jetzt zur Intersolar in München schmückt er sich mit dem Elektroautohersteller Tesla. Der Hersteller des Elektro-Superautos Model S fördert mit einer Prämie, wenn sich die Kunden mit Strom aus dem Solar-Carport von Solarworld versorgen. Asbeck will in Europa zwar weiter vor allem in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zulegen. Doch die größten Wachstumsmärkte liegen inzwischen außerhalb Europas, vor allem in den USA, in China und Japan. „Die Vereinigten Staaten gelten als attraktivste Region für Solarworld.“ wt.

Quelle: Weishaupt, G., Handelsblatt, Nr. 107, 05.06.2014, 18



Gabriel schärft Ökostrom-Reform nach

Industrieunternehmen sollen für selbst erzeugten Strom eine höhere Umlage bezahlen.

5 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) noch verschärfen. In einem Brief an Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) und SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil kündigt der Minister an, er wolle die Eigenstromversorgung von Industrieunternehmen stärker an der EEG-Umlage beteiligen.

10

Bislang ist geplant, dass der Strom aus eigenen Kraftwerken der Industrie mit 15 Prozent der EEG-Umlage belastet wird. Gabriel will diesen Anteil auf 50 Prozent erhöhen, heißt es in dem Brief, der dem Handelsblatt vorliegt. Damit läge der Anteil genauso hoch wie bei selbst produziertem Strom von Handel und Gewerbe. Betroffen von seinen Plänen sind die Industrie sowie die Stein- und Braunkohleförderung. Es sei
15 „sinnvoll, den Prozentsatz von derzeit 15 Prozent bei neuen Eigenstromanlagen der Industrie auf 50 Prozent anzuheben“, schreibt Gabriel an Fuchs und Heil. Damit hätte man „einheitliche Werte“ für die gesamte Eigenstromerzeugung. Für alte Anlagen und den Ersatz bestehender Anlagen soll weiter die Befreiung von der EEG-Umlage
20 gelten. Es müsse unbedingt verhindert werden, dass Eigenstromanlagen allein deshalb gebaut würden, weil die bestehenden Regelungen es erlaubten, damit Gemeinkosten wie die EEG-Umlage auf andere Strombezieher zu verlagern.

Außerdem plant Gabriel, die Stein- und Braunkohleförderung nicht mehr von der
25 EEG-Umlage zu befreien. Die Befreiung sei „vor dem Hintergrund des EEG-Ziels Klimaschutz schwer vermittelbar“, schreibt er. Der Strom für den Betrieb der Förderstätten solle Zug um Zug mit der Umlage belegt werden. Dies würde jährlich bis zu 180 Millionen Euro für die Ökostromförderung bringen.

30 Die betroffenen Branchen sind alarmiert. „Eine Belegung der Eigenstromproduktion mit 50 Prozent der EEG-Umlage wird den industriellen Kraftwerksbau zum Erliegen bringen“, sagte Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, dem Handelsblatt. Schon die bislang geplante Regelung mit einer
35 Kostenbeteiligung von 15 Prozent an der EEG-Umlage lasse Neuinvestitionen in eigene Stromerzeugungskapazitäten fraglich erscheinen. „Wenn die industrielle Eigenerzeugung eine Zukunft haben soll, darf sie gar nicht an der EEG-Umlage beteiligt werden“, betonte Tillmann. Die Eigenerzeugung von Strom auf dem
Werksgelände sei „modellhaft für eine dezentrale Versorgung“, sagte Tillmann. Wenn die Eigenerzeugung wegfiel, entstünde eine enorme Zusatzbelastung für die Netze.
40 Es gebe keine effizientere und klimaschonendere konventionelle Form der Stromerzeugung als die von der Chemieindustrie und anderen industriellen Eigenerzeugern praktizierte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Dabei werden Dampf und Strom gleichzeitig produziert und genutzt. Bei konventionellen Kraftwerken dagegen entweicht die Wärme oft ungenutzt. Der Wirkungsgrad von KWK übertrifft
45 den konventioneller Kraftwerke stark.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 108, 06.06.2014, 17